

Nr. 2 - Nov./Dec. - 2019



Kämpfende Arbeiter und Gewerkschafter in Hamburg



In Hamburg wurde ein Netzwerk kämpferischer Gewerkschafter gegründet, es soll die gewerkschaftsübergreifende Zusammenarbeit in unserer Stadt stärken und Arbeiter, kämpferische Betriebsräte und Vertrauensleute zusammenbringen.

WIR HABEN DARÜBER MIT MURAT GÜNES, BETRIEBSRATSVORSITZENDEM BEI NEUPACK GESPROCHEN

Murat, wie ist das Netzwerk in Hamburg angelaufen? Welche Ziele setzt ihr euch?

Wir wollen die Spaltung unter den Aktiven in den Betrieben überwinden und gemeinsam eine kämpferische Gewerkschaftsarbeit möglich machen. Wir konnten dafür schon eine Reihe von Kollegen gewinnen: eine Gruppe von Reinigungskräften, Kollegen im Hamburger Hafen, bei einem Hersteller von Bremsbelägen, in der Brauerei, bei einem Hersteller von Küchengeräten und natürlich Kollegen bei mir im Betrieb. Um die 40 Kollegen haben sich bisher beteiligt. Und wir wollen auf keinen Fall das Handtuch werfen: Wir machen weiter!

Wie ist denn die Situation in den verschiedenen Betrieben?

Fast überall kommt es Schritt für Schritt zu Entlassungen, die Arbeitsbedingungen werden immer schlechter. Bei dem Bremsbelaghersteller waren früher über 2.000 Kollegen angestellt – heute sind es keine 1.000 mehr. Ein größeres Fischunternehmen in Hamburg wurde ganz von einem britischen Konzern aufgekauft. Bei Hamburger Großbrauereien gab es Entlassungen. Bei uns bei Neupack gilt: Wer geht, für den wird nicht neu eingestellt. Viele Aufgaben werden Leiharbeitern übertragen. Damit wir die nicht organisieren, versucht man uns die Kommunikation zu erschweren. Außerdem wurde bei uns im Betrieb "modernisiert". Es kommen neue Anlagen, aber keine neuen Kollegen. Früher haben wir im 16er-Takt gearbeitet, jetzt sind wir bei 24. So werden neue Anlagen ganz einfach über unsre Mehrarbeit finanziert. Im Hafen arbeiten immer weniger Festangestellte, der Rest sind Leiharbeiter. Da sagen die Chefs oft: es gibt keine Aufträge, die wirtschaftliche Lage ist schlecht. Aber dann verschieben sie Aufträge zeitweise in eine andere Werft: nach Lübeck, Wilhelmshaven, Bremerhaven oder Kiel. Vielen die entlassen wurden haben sie eine Abfindung angeboten, für den Rest gab es neue Arbeitsverträge zu schlechteren Bedingungen. Die arbeiten alle nach dem Drehtürsystem: sie entlassen die Leute, kurz danach stellen sie sie als Leiharbeiter wieder ein. Manchmal sagen Gewerkschaftsführung und Betriebsrat dann: wir haben einen guten Sozialplan ausgehandelt. Aber hätte der Betriebsrat wirklich gekämpft,

hätte man viel mehr rausholen können. So sind die Arbeitsplätze dann eben weg. Bei der Post hat ver.di über Nacht ohne jeden Erfolg den Streik beendet. Und dann fragt man mich: Was geht dich die Post an? Sehr viel! Was heute meinem Nachbar passiert, kann morgen bei mir passieren!

Wie hat sich Neupack in den letzten Jahren entwickelt?

Das hängt natürlich an den Entwicklungen in der Kunststoffverarbeitung. Jetzt, in Zeiten der Umweltbewegung und der neuen Kunststoffverordnung, sind andere Produkte auf dem Markt, wie Kunststoff das mit Papier beschichtet wurde oder die neuen Plastiktüten, die zwar "Mehrweg" sind, aber teurer sind und mehr Kunststoff enthalten. Viele haben auch mit Polystyrol aufgehört und machen jetzt Polypropylen.

Wie denkst du über die Umweltbewegung?

Wir wollen keine verschmutzte Welt. Natürlich muss man sehen, was und wie man produziert und was verbraucht wird. Sagen wir's so: auch wenn kein Krieg geführt wird, ist die Waffenindustrie in der Krise. Sollen wir deswegen dafür sein, dass Kriege geführt werden? Trotzdem muss man ganz klar sagen: auf viele Arbeitsplätze wird sich die Umweltbewegung negativ auswirken. Da muss man sich erstmal ansehen, welche Maßnahmen auch etwas bringen. So ist bei den Autos das eingeführte Dieselfahrverbot in Altona relativ sinnlos. Stattdessen bräuchte man einen kostenlosen, öffentlichen Verkehr oder zumindest deutliche Kostensenkungen, wie es andere Länder ja auch schon vormachen. Ähnlich ist es beim CO2 und den Elektroautos. Klar, wo sie gefahren werden verschmutzen sie vielleicht weniger. Aber schauen wir uns doch mal den Rest der Welt an, die Produktion dieser Autos braucht ja auch Energie! Allgemein ist wichtig: Wo man Arbeitsplätze abbaut, da könnte man woanders welche aufbauen, durch Umschulungen oder beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Aktuell zahlen die Arbeitgeber aber oft keine Weiterbildung.

Was müssten die Gewerkschaften dafür tun?

Die Führung der Gewerkschaften hat jetzt 30 Jahre geschlafen und ist zum Teil immer noch im Winterschlaf. Viele sind ganz nah an den herrschenden Parteien, vor allem der SPD, und seit Schröder hat das immer schlimmere Folgen. Die müssen aufwachen und für echte Verbesserungen kämpfen für uns, für die Arbeiterklasse. Der einzelne Betrieb muss dabei unser Zentrum sein. Und natürlich müssen wir da auch mit

den Leuten reden, die heute noch anders denken als wir. Ich kenne Gewerkschafter, die sind stockkonservativ und kämpferische Betriebsräte. Natürlich müssen wir mit ihnen ins Gespräch kommen!

Gemeinsam für die 30-Stunden-Woche!



Rasmus Schad

Die Anpassung der Arbeitszeit war seit ihren Beginn eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaftsbewegung. Nachdem die Arbeiterinnen und Arbeiter in vielen Branchen die günstige Situation der Siebziger und Achtziger Jahre nutzten um grundlegende Verbesserungen, wie die 40- oder sogar 35-Stunden-Woche zu erkämpfen, wollen Bosse und Politiker seit Beginn des neoliberalen Rollbacks und der Agenda 2010 diese Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung aufweichen.

Die Situation erscheint paradox: Durch die immer stärkere Automatisierung und Computisierung der Produktion steigt die Produktivität der Arbeiter rapide an, immer weniger Menschen erschaffen also immer mehr Güter in immer weniger Zeit.

In jeder vernünftigen Gesellschaft würde man nun zu dem Schluss kommen, dass man diese Entwicklung nutzen sollte, die Zeit zu senken, die jeder einzelne für den Broterwerb opfern muss, statt dessen die Arbeitslosigkeit zu senken und mehr Leuten Zugang zu diesem immensen Reichtum zu ermöglichen. Statt dessen erleben wir als Beschäftigte wie durch Leiharbeit und Auslagerungen auch noch die Mindeststandards der Tarifverträge umgangen werden.

Die Propagandisten dieser schönen, neuen "Arbeitswelt 4.0" in den Vorstandsetagen und dem Bundesarbeitsministerium preisen die Flexibilisierungen und den Abbau von traditionellen Arbeitsmodellen als Fortschritt für Alle an, obwohl

ihr einziges Ziel darin besteht, die Lohn- und Arbeitskosten noch weiter zu drücken, damit die Profite vonAktionären und Eigentümern um noch ein paar Prozente wachsen können.

Schaut man auf die Statistik, scheint die Situation gar nicht so schlimm zu sein. Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten sank in Deutschland in den letzten 10 Jahren von 35,6 auf 35 Stunden. Der Ursprung dieses scheinbaren Fortschritts beruht allerdings darauf, dass mehr und mehr Menschen nur in Teilzeit beschäftigt werden und oft weniger Stunden bekommen, als sie gerne arbeiten würden. Auf der anderen

Seite stieg die Anzahl derer, die mehr als 42 Stunden in der Woche arbeiten mussten. Unbezahlte Überstunden, die viele von uns oft schon in der Ausbildung leisten, werden genau so wenig erfasst, wie die Notwendigkeit, ständig über Messenger oder Email für den Chef erreichbar zu sein.

Wer 40 Stunden in der Woche arbeitet, der weiß genau, wie wenig Zeit für Freizeit und Erholung übrig bleibt. Oft genug leiden auch schon Hausarbeit und Familie darunter, was bei vielen Paaren den einen Partner, meistens Frauen in Teilzeitarbeit drängt. Dadurch zementiert die Art, wie wir unsere Arbeit organisieren auch die vorherrschenden Geschlechterrollen und macht Frauen finanziell von ihrem "Hauptversorger" abhängig.

Trotz dieser offenkundigen Gründe, für eine Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen, tun sich die Gewerkschaften immer noch schwer damit. In Tarifkämpfen wird das Thema selten aufgegriffen, die gültigen Rahmentarife, in denen die Arbeitszeit festgelegt ist, stammen häufig noch aus den Neunzigern. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich in ihrer Übereinstimmung mit der SPD-Politik der Agenda 2010 damit arrangiert, die fortschreitende Deindustrialisierung seit der Wende und den Aufbau eines der größten Niedriglohnsektoren Europas mit zu verwalten. Auch wenn diese Arbeitszeitverkürzung weder Ausbeutung noch Konkurrenzdruck und Profitmaximierung beendet, ist es an der Zeit, als Arbeiterbewegung wieder in die Offensive zu gehen. Lasst uns in Gewerkschaft und Betrieb dafür kämpfen, ein Stück unseres eigenen Lebens zurück zu erobern!

4 OFFENSIV • NOV. - DEZ. 2019 DEUTSCHLAND FÜR ARBEITERDEMOKRATIE

Rutscht Deutschland

Katharina Doll

Sehr wahrscheinlich wird auch im dritten Quartal 2019 ein wirtschaftlicher Rückgang zu verzeichnen sein. Deutschland befindet sich damit in einer sog. "technischen Rezession". Außerdem deuten eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft auf einen Einbruch zusteuert. Der ifo-Index (1) ist deutlich gesunken, vor allem im verarbeitenden Gewerbe: Industrie, Baugewerbe und Handwerk. Im Vergleich zum August 2018 sind die deutschen Exporte im August 2019 um 3,9% zurückgegangen.

Kein Kapitalismus ohne Krise

Es ist falsch, einen kommenden wirtschaftlichen Einbruch einzelnen politischen Ereignissen wie einem möglichen Brexit oder dem Handelskrieg zuzuschreiben, wie das einige bürgerliche Medien tun. Der Grund für die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaft liegt tiefer – sie ändern nur ihren Verlauf: das "Wie", aber nicht das "Ob".

Der genaue Verlauf einer kommenden Krise wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Dazu gehören auch die qualitativen Veränderungen im internationalen Gefüge: China bedroht verstärkt die Stellung der USA als Weltmacht, und schon jetzt wird die Frage gestellt, wann der Dollar als Leitwährung abgelöst werden soll. Deshalb mehren sich ökonomische und militärische Konflikte auf dem Erdball, was sich wieder auf die Weltwirtschaft auswirkt. Doch auch China betreibt schon lange Überproduktion und steuert auf eine Rezession zu. China hat in drei Jahren mehr Zement verbraucht, als die USA im gesamten 20. Jahrhundert. Ein Abschwung in China wird die deutsche Wirtschaft beeinflussen. Chinesische Investoren halten wichtige Aktienanteile bei relevanten deutschen Unternehmen wie Daimler und der Deutschen Bank und haben sich u.a. beim Roboterhersteller Kuka oder dem Maschinenbauer Geiger eingekauft.

Es wäre Glaskugelleserei, ein genaues Datum für eine kommende Krise festmachen zu wollen oder was sie zum Ausbruch bringt. Risikoherde gibt es mehr als genug: Spekulationsblasen haben seit der letzten Krise wieder deutlich an Umfang zugenommen und die Staatsschulden der EU liegen über dem Vorkrisenniveau. In Deutschland wird zunehmend vor einer wachsenden Immobilienblase gewarnt: die Schweizer Großbank UBS kürte Münchenkürzlich zur Stadt mit den am heftigsten überbewerteten Immobilienpreisen.

Überakkumulationskrise

Eine Reihe westlicher Ökonomien – darunter auch Deutschland – sind seit dem Strukturwandel der 70er-Jahre geprägt von einer Überakkumulation an Kapital, geringer Investitionstätigkeit und einem Abbau des produktiven Sektors.

Das wird heute deutlich an den Effekten der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Die hat zu einer massiven Zunahme von Geldvermögen in der Eurozone und in Deutschland geführt; zu aufgeblasenem Aktienvermögen, nicht aber zu verhältnismäßig zunehmender Investitionstätigkeit oder Erweiterungsinvestitionen im größeren Maßstab. Die Arbeitsproduktivität in der BRD steigt seit vielen Jahren nur noch geringfügig. Einen Anstieg um über 5% in einem Jahr gab es schon seit 1973 nicht mehr.

Reformismus kein Ausweg!

Die Himmelflüge des deutschen Aktienindex sind nicht gedeckt durch reale Wertschöpfung in den Betrieben. Gleichzeitig sind große Pläne zur Regulation der Finanzmärkte wieder in der Schublade verschwunden. Anders kann es auch gar nicht sein, denn die Blasenbildung an den Finanzmärkten ist notwendiger Ausdruck von angehäuftem Kapital, das im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe keine profitablen Anlagemöglichkeiten findet. Politischer Wille allein kann daran nichts ändern.

Darum sind auch ordoliberale und reformistische Ideen zur Regulation des Finanzmarktes begrenzt, denn sie würden zwar an den Symptomen kapitalistischer Krisen, nicht aber an ihren Ursachen etwas ändern. Ähnlich bescheiden sind die "Reformideen" "linker" Vertreter der "modernen" Monetärtheorie wie Alexandira Ocasio-Cortesz in den USA oder Richard Murphy mit seinen "Corbynomics" in England. Darunter fällt unter anderem die Idee des "Green New Deal", wie sie jetzt auch Sahra Wagenknecht vertritt, der neue Jobs (meist im Mindestlohnbereich) schaffen und die Nachfrage ankurbeln soll. Was die Vertreter des "Green New Deal" zu erwähnen vergessen ist, dass auch der historische New Deal des Präsidenten Roosevelt nicht den gewünschten Effekt hatte.(2) Und die beste Reform wird nichts daran ändern, dass man die Zeit im Kapitalismus nicht einfach in ein fach in ein früheres Stadium zurückdrehen kann, hin zu einer Zeit der "sozialen Gründerkultur" – die so, wie Sahra Wagenknecht und andere sie beschreiben, nie existiert hat. Es bleibt, wie Karl Marx es im dritten Band des Kapital beschrieben hat: "Unwissende und verkehrte Bankgesetzgebung [...] kann diese Geldkrise erschweren. Aber keine Art Bankgesetzgebung kann die Krise beseitigen. "(3)

Kranker Mann Kapitalismus

Das Kapital wächst und kann die Grenzen seiner Ausdehnungsfähigkeit nicht überwinden. Schon nach der Krise 2008 waren es Marxisten, die gesagt haben, dass die Maßnahmen zur "Krisenbekämpfung" die Voraussetzungen für neue Krisen verschlechtert haben. Die Maßnahmen zur Deindustrialisierung unter Kohl und der Druck auf Löhne und

in die Krise?



Sozialleistungen seit Kohl und Schröder haben die Massenkaufkraft gesenkt. Merkels und Schäubles Sparpolitik in der letzten Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass die Exporte nach Griechenland heute mehr als zwei Milliarden unter dem Vorkrisenniveau liegen. Karten wie die Abwrackprämie, die Ausweitung der Leiharbeit und der Import "billiger" Arbeitskräfte wurden schon gezogen. Die Politik der schwarzen Null macht umfassende, staatliche Investitionsprogramme nahezu unmöglich. Dass all das nach der Krise 2008 kaum zum Ausbau des produktiven Sektors geführt hat, zeigt, dass wir es mit einem System im Niedergang zu tun haben, das mit jedem wirtschaftlichen Zyklus altert. Der Kapitalismus ist ein alter Mann mit schwachem Immunsystem: zwar kann man das Organversagen hinauszögern, aber keine Spritze wird zu richtiger Erholung führen.

Gefasst machen auf soziale Angriffe. Gegenwehr organisieren!

Gerade weil die Werkzeugkiste der Herrschenden zur Krisenbekämpfung relativ leer ist, müssen wir uns auf soziale Angriffe gefasst machen. Jetzt schon fordert Sozialschmarotzer Peter Altmaier, der seit Jahren horrende Diäten aus unseren Steuergeldern einkassiert, eine Rente ab "fast 70". Zu hoch wäre das Rentenniveau – bei einem Anstieg des Alters-Hartz-IV um 38% in den letzten zehn Jahren!

Und es geht nicht nur an die Sozialleistungen, es werden auch massiv Stellenkürzungen vorbereitet: 7.000 Stellen will VW streichen, 10.000 Daimler und auch Continental, Schaeffler, Ford, Opel und Ledvance haben Stellenstreichungen angekündigt. Daneben dürfen wir den schleichenden Stellenabbau nicht vergessen. Im Hamburger Hafen, bei Lufthansa, bei verschiedenen Kunststoffherstellern und etlichen anderen Konzernen werden seit Jahren immer weiter Stellen gegen Abfindung gekürzt, Leiharbeiter gekündigt oder Kollegen nach Verrentung nicht wieder ersetzt. Heute versucht man sich hinter der Fahne von Digitalisierung, Industrie 4.0 und Ökologie zu verstecken. Die "Transformation" und "Neuaufstellung" der Industrie sei unumgänglich. Aber hinter diesen Ansagen steckt oft ein dicker Schwindel.

Leider hat die Führung der IG Metall mit ihrer Kampagne "Umfairteilen" eher dazu beigetragen, die Illusionen in die geplante "ökologische und digitale" Transformation der Wirtschaft zu schüren, mit der die Bosse ihre Kürzungsprogramme rechtfertigen. Auch weite Teile der Umweltbewegung sorgen hier nicht für Klarheit. Statt heißer Luft wäre es jetzt nötig, den Organisierungsgrad in den Industriebetrieben deutlich zu verbessern und sich auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten. Statt sich im Vorhinein mit den Chefs auf Entlassungen zu einigen, ist es notwendig, unter den Kollegen betriebsbezogen über das Contra der Stellenkürzungen (auch mit Abfindung) aufklären und einen entschlos-

senen Kampf um die tausenden Stellen führen, die jetzt gekürzt werden sollen. Gerade bei Betriebszweigen, in denen massive Jobvernichtung oder vollständige Schließung droht, ist eine Verstaatlichung die richtige Forderung.

Sozialismus ist Arbeitermacht!

Der Kapitalismus bereitet seinen eigenen Niedergang vor. Trotzdem ist seine Überwindung kein natürliches Absterben, sondern ein aktiver Akt der Arbeiterklasse. Dass es gerade auf fast täglicher Basis zu Massenkämpfen kommt und in immer mehr Ländern bonapartistische Regimes installiert werden, ist Ausdruck der tiefen Legitimationskrise der bürgerlichen Herrschaft. Aber viele dieser Massenbewegungen führen nicht zu weitreichenden Verbesserungen, wenn sie ohne klare politische Führung und Programm bleiben. Die Ereignisse im Griechenland der Krise haben bewiesen, wie wenig Platz bleibt für reformistische Politik: in nur wenigen Augenschlägen haben die Vertreter der "neuen Linken" dem Druck der kapitalistischen Eliten klein bei gegeben und die Arbeiterklasse verraten. Jeremy Corbyn und die Führung der LINKEN scheinen in eine ähnliche Richtung zu gehen. Das liegt zum einen daran, dass keine der neuen linksreformistischen Parteien in ihrer Substanz den Charakter einer Arbeiterpartei hat, und zum anderen an der veränderten sozioökonomischen Realität. Niedrige Profitabilität, massive Staatsschulden und chronische Überakkumulation lassen kaum Raum für Investitionsprogramme und soziale Zugeständnisse, sondern zwingen die Herrschenden, jeden möglichen Tropfen Profit aus der Arbeiterklasse zu pressen.

All das ändert nichts daran, dass die größte Macht in dieser Gesellschaft in den Betrieben liegt. Dort wird produziert, was die Gesellschaft am Laufen hält. Statt sich weiter mit den Chefs und den Politikern der herrschenden Klasse zu einigen, muss die Arbeiterbewegung ihrer Krise das eigene Programm entgegenstellen: für die Enteignung der Banken und Konzerne und einen demokratischen Plan zur gesellschaftlich sinnvollen Nutzung aller Ressourcen und unserer Arbeitskraft, gesellschaftlicher Bereiche wie das Transportwesens, Gesundheit und Bildung,... Für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Macht in den Händen der Arbeiterklasse, Jugend und Alten liegt!

(1) Index, der durch monatliche Befragungen die wirtschaftlichen Erwartungen in den Chefetagen misst.

(2) Siehe auch: Leo Trotzki: Marxismus in unserer Zeit. April 1939, Leo Trotzki: Das Übergangsprogramm, "Die objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution". 1938. und Leo Trotzki: Faschismus und der New Deal. 1944. (3) Karl Marx - Friedrich Engels - Werke, Band 25, "Das Kapital", Bd. III, Fünfter Abschnitt, S. 493 - 510, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1983

~ Diese Version des Artikels ist gekürzt. Die Originalfassung findet sich unter **offensiv.net** ~



Auflösung einer Blockade an den Werkstoren der Neuen Halberg Guss in Leipzig durch die Polizei, Juni 2018

FORTSETZUNG DER RÜCKSEITE

Der Witz von einer Großen Koalition verliert ständig an Rückhalt und ob sie den Rest der Legislaturperiode überlebt, ist unklar. Die SPD kriegt die Quittung für die Agenda 2010, Hartz-Reformen und Riester-Rente. Unser Alltag ist geprägt von unsicheren Arbeitsverhältnissen, Wohnungsnot und schlechter werdender Infrastruktur, also die Kürzungspolitik der letzten Jahrzehnte, die das Establishment zu verantworten hat. Der Unmut unter der Oberfläche nimmt zu. Und so schwindet das Vertrauen in die klassischen bürgerlichen Parteien immer weiter und die politische Polarisierung nimmt zu: Massenproteste häufen sich, langsam kommt es wieder zu größeren gewerkschaftlichen Mobilisierungen aber gleichzeitig kommt es zu Wahlerfolgen der AfD, die zum Teil die Anti-Establishment-Stimmung einfangen kann.

Wie und wann der Unmut zum Vorschein kommt, können wir nicht vorhersagen. Aber klar ist, welche Rolle der Staat dabei spielt: Er tendiert dazu, sich für die kommenden Kämpfe zu rüsten. Sie bereiten mit den Polizeigesetzen, Aufrüstung von Polizei und Bundeswehr und anderen Maßnahmen ihren Kampf gegen die Linke und die Arbeiterbewegung vor. Schon jetzt nimmt die Repression gegen Linke zu, nicht nur mit den G20-Massenfahndungen, sondern auch mit den Repressionen gegen Gruppen wie den Jugendwiderstand, die in den letzten Monaten Opfer von Razzien, Outings und anderen Angriffen geworden sind. Wir stehen mit allen Teilen der Arbeiterbewegung und politischen Linken, die von dieser staatlichen Repression betroffen sind, in Solidarität.

Wie kann das Polizeigesetz gestoppt werden?

Hamburg müsste sich die großen Proteste gegen die neuen Polizeigesetze in NRW und Bayern als Vorbild nehmen.

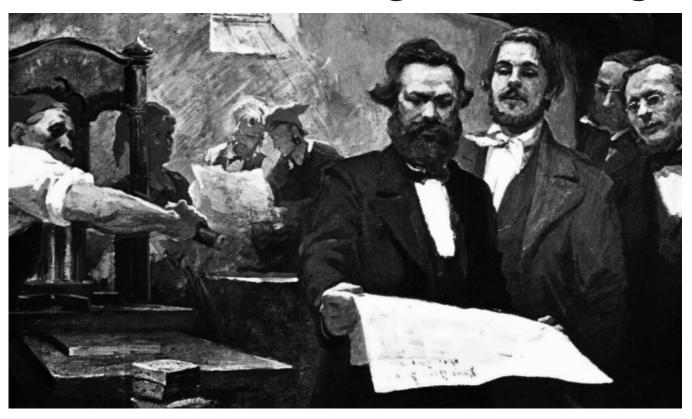
An den Aktionsbündnissen in einzelnen Bundesländern hat sich zum Beispiel auch die Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten beteiligt. Aber auch die Gewerkschaft ver.di hat in NRW mit zur Großdemonstration gegen das Polizeigesetz mobilisiert. Sowohl der DGB mit seinen bundesweit Millionen Mitgliedern müsste offensiv zu den Protesten mobilisieren und Veranstaltungen gegen das Polizeigesetz organisieren. Es hat schon bei Protesten und Bewegungen in der jüngsten Hamburger Vergangenheit Befehlsverweigerungen von ganzen Hundertschaften gegeben (1).



Polizeieinsatz gegen Streikende bei Klenk in Baruth (Brandenburg), Juni 2016

Die Gewerkschaften GdP und DPolG trommeln hingegen für die neuen Polizeigesetze in den Bundesländern. Der DGB ist der wichtigste Teil der deutschen Arbeiterbewegung und wir dürfen nicht vergessen: früh genug wird die Ausweitung polizeilicher Repression seine Mitglieder betreffen. Gerade das ist ein Grund mehr dafür, die Auseinandersetzung im DGB zu führen und auch Kooperationen, wie die mit den kritischen Polizistinnen und Polizisten zu nutzen.

Marxismus: Ausweg statt Irrweg!



Alexandra Lioliopoulou

Oft wenn die Rede von Marxismus ist und man sich mit Leuten darüber unterhält wird man als Idealist belächelt gerne wird dann argumentiert, dass 'der Mensch in seiner Natur egoistisch' sei und dass, wenn man 'alles erreichen kann, wenn man nur hart genug arbeiten würde'. Diese Binsenweisheiten sind gefährlich, denn hinter ihnen stehen unklare Vorstellung in was für einer Welt wir leben. Wenn man diese Gesellschaft verändern will, muss man wissen, wie sie funktioniert.

Der Marxismus gibt uns eine wissenschaftliche und gleichzeitig revolutionäre Methode an die Hand, um die Gesellschaft zu analysieren. Beim Marxismus handelt es sich nämlich ganz und gar nicht um Idealismus, sondern im Gegenteil, die marxistische Theorie nutzt die Methode des historischen Materialismus um Gesellschaft und Unterdrückungsverhältnisse zu analysieren und in einen historischen Kontext zu setzen. Der Idealismus geht davon aus, dass sich in der Welt nur etwas ändern kann, wenn sich das Denken im Kopf einzelner Leute ändert. Wir und alle anderen Marxisten denken, dass diese Ansicht falsch ist, denn sie geht davon aus, dass Ideen unabhängig von der Umgebung und Situation in der ein Mensch lebt entstehen.

Aber Ideen werden immer von der Lebenswelt des Menschen bestimmt. Auf diesem Verständnis gründet sich unsere politische Analyse als Materialisten. Egoistische Verhaltensweisen, die den Menschen unterstellt werden, sind vielmehr genau das Resultat aus dem im Kapitalismus verankerten Konkurrenzdenken. Arbeiter werden gegeneinander aufgebracht und sollen in dem Kollegen einen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt sehen, statt solidarisch mit ihm zu sein.

Warum brauchen wir den Marxismus gerade heute?

Heute ist die weltweite Arbeiterklasse größer als je zuvor und das sowohl absolut als auch relativ. Überall finden Kriege statt wie in Syrien und im Irak, und politische Konflikte wie in Katalonien oder Hong Kong. Das kapitalistische System bedeutet die ständige Ausbeutung der arbeitenden Klasse. Weil etablierte Parteien nicht in der Lage sind, politische Lösungen für diese Krisen zu finden, da sie selber Teil des Problems sind, kommt es zur politischen Polarisierung. Die Leute trauen den etablierten Parteien nicht, da sie das, was sie sagen, oft nicht einhalten oder für die Mehrheit der Bevölkerung völlig sinnlose Maßnahmen wie Hartz IV oder das aktuelle Klimapaket durchsetzen.

Auch kommt es verstärkt zu sozialen Bewegungen, in denen wir teilweise aktiv sind. Obwohl die ein wichtiges und gutes Instrument sind, wollen wir keine "Bauchlinken" sein, die sich in einzelnen sozialen Bewegungen auflösen. Wir nutzen den Marxismus für unsere politische Analyse und unserer Handeln. Wir glauben, dass sowohl Unterdrückungsverhältnisse wie Rassismus, Frauenhass, Ausländerfeindlichkeit, Homophobie, Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung usw. als auch der menschengemachte Klimawandel ihre Wurzeln in der Klassenfrage haben.

Im Kapitalismus kann es keine echte Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung und eine nachhaltige Produktionsweise geben. Wir sehen die Arbeiterklasse, als zahlreichste Klasse und durch ihre Stellung im Produktionsprozess, als einzige gesellschaftliche Kraft, welche den Kapitalismus überwinden und sozialistische Verhältnisse schaffen kann. Denn wenn wir streiken, stehen die Fabriken, Krankenhäuser, der Einzelhandel und alle Kitas still.

Erklärung der Internationalen Revolutionären Linken, erschienen auf Spanisch am 29. Oktober 2019

Chile befindet sich in einer revolutionären Situation. Was vor zwei Wochen als Protest gegen den Anstieg der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr begann, hat sich in einen Barrikadenkampf gegen die Repression durch Armee und Karabineros verwandelt und schließlich in eine Massenbewegung von gewaltigem Ausmaß: einem 48-stündigen Generalstreik, der das Land am 23. und 24. Oktober lahmlegte, gefolgt von massenhaften Demonstrationen, an denen sich allein am Freitag den 25.Oktober 1,5 Millionen in Santiago de Chile beteiligten. Die Massen der Arbeiterklasse und Jugend in Chile, die dem Weg der Volksaufstände in Ecuador, Haiti, Sudan, Algerien, Irak und so vielen anderen Ländern folgen, haben ihre Kraft bewiesen: Nur die Massen konnten den Ausnahmezustand und die Ausgangssperre stürzen. Die chilenische herrschende Klasse ist mit einer revolutionären Offensive konfrontiert, wie sie seit den Jahren von Allendes Volksfrontregierung nicht mehr stattgefunden hat.

Die revolutionäre Welle hat die Bourgeoisie überrascht. Bis vor wenigen Wochen wurde Chile von Großkonzernen und dem IWF selbst als das Modell bezeichnet, dem die übrigen lateinamerikanischen Länder folgen sollen, als paradigmatisches Beispiel für kapitalistische Stabilität.

Aber die aktuellen Ereignisse sind auch eine Lektion für all jene Linke, sogar für "revolutionäre" Organisationen, die nur klagen, sich an vermeintlich bessere vergangene Zeiten erinnern und die Arbeiterklasse und Jugend ständig für "ihr niedriges Bewusstsein" verantwortlich machen. Diese Organisationen, geführt von Skeptikern und demoralisierten Kämpfern, wollen der Arbeiterklasse und Jugend am Unterrichtstisch Lektionen erteilen, konnten aber ebenfalls die Ereignisse in Lateinamerika nicht vorhersehen.

Der Generalstreik stürzt den Ausnahmezustand und drängt die Regierung in die Enge

Die reaktionäre Regierung Piñera hat mit brutaler Repression auf den Volksaufstand reagiert. Offiziell wird von 20 Menschen gesprochen, die durch Militär- und Polizeikräfte getötet wurden- Es gibt hunderte Klagen wegen Folter und Vergewaltigungen auf den Polizeistationen. Dutzende Videos zirkulieren, die an Bilder der blutigen Unterdrückung während der Pinochet-Diktatur erinnern, wobei Soldaten jeden, den sie auf der Straße treffen, erschießen und wahllos schlagen. Sie nutzen die Straffreiheit aus, die Piñera ihnen gewährt hat, als er den Ausnahmezustand erklärte. Die Unterdrückung war jedoch nicht nur nicht in der Lage, die Massenmobilisierung zu bremsen, sondern hat sie zu einem revolutionären Aufstand gemacht.

Der Erfolg des 48-stündigen Generalstreiks, die Massendemonstrationen am 25. Oktober, und die anhaltenden Mobilisierungen auf den Straßen zeigen die Begrenztheit der Ausgangssperre und die Unfähigkeit des militarisierten Staates, durchzuregieren. Das wurde durch Piñera bestätigt, als er die Aufhebung des Ausnahmezustands und den Abzug des Militärs von den Straßen ankündigte. Eine sehr wertvolle Lektion über die Grenzen des bürgerlichen Staates, egal wie viele Waffen er hat, angesichts der Massen, die sich entscheiden, zu kämpfen und dabei ihre Angst verlieren.

Aufstand



Die Regierung hatte auch keine andere Wahl, als die Preiserhöhung im öffentlichen Verkehr zurückzuziehen und einen "Sozialplan" zur Verbesserung der Renten, des Mindestlohns, der Arzneimittel- und Strompreise vorzulegen. Auch billigte der von rechten Parteien dominierte Kongress den 40-Stunden-Arbeitstag im Angesicht der eskalierenden Auseinandersetzungen praktisch ohne Widerstand. Die revolutionäre Aktion der Massen hat innerhalb weniger Tage das durchgesetzt, was die reformistischen Führer der Linken seit Jahren im Parlament erbitten und nie erreichen konnten.

Der Kampf hat die rechte Regierung in die Enge getrieben. Piñera hat acht Minister ersetzt, um seinen eigenen Rücktritt zu verhindern. Gleichzeitig hat er so den Massen einen Sieg eingeräumt, der die Bewegung noch mehr ermutigen wird. Offensichtlich ist der Beweggrund hinter all den Zugeständnissen der, den Hals der Unterstützer des Regimes zu retten und kleine Veränderungen vorzunehmen, damit im Wesentlichen alles gleich bleibt, und dass die revolutionäre Krise auf die ruhigen Gewässer der bürgerlichen Institutionalität umgelenkt werden kann.

Für einen unbefristeten Generalstreik bis zum Sturz Piñeras. Nein zum Nationalen Dialog mit den Unterdrückern!

Ein wichtiger Eskalationspunkt der Bewegung war zweifellos der 48-stündige Generalstreik, der von den kämpferischsten Sektoren der Arbeiterklasse und Jugend, Dutzenden sozialen Bewegungen und linken Organisationen unterstützt wurde und zu dem – trotz ihrer zahlreichen Rückzieher – die Führung der Central Unica de Trabajadores (CUT) auf Druck von unten schließlich aufrufen musste.

Der Generalstreik lähmte das Land und brachte Millionen auf die Straße. Wichtig ist, wie es zu seiner Mobilisierung kam. Während Piñera einen Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre verhängte, und die Führer der CUT, der PS und des PC zum "Dialog" und das Regime zu Verhandlungen aufriefen, begannen die Jugendlichen auf der Straße den Kampf gegen die Milizionäre und Karabineros,

in Chile



bauten Barrikaden und lähmten die Hauptadern der Städte mit Blockaden. In Hunderten von Arbeitervierteln organisierte sich die Bevölkerung, während die Zahl der Toten, Verwundeten und Verhafteten in die Zehner, Hunderter, Tausender ging. Die Arbeiterklasse war sofort von dieser aufständischen Atmosphäre mitgerissen; verschiedene Sektoren streikten und prägten die Ereignisse: Hafenarbeiter, Lehrer, Gesundheitspersonal, Bergleute... Sie zwangen die Führung der CUT, offiziell zum Streik aufzurufen, zunächst nur für den 23. Oktober und schließlich auch für den 24. und 30. Oktober.

Aber die Führung der CUT beschränkt sich auf die Forderung nach einem "nationalen Dialog", in dem die Regierung aufgefordert wird, "die Demokratie im Staat Chile wiederherzustellen". An die Regierung, die den Ausnahmezustand ausgerufen hat, an die Regierung, die für mehr als 20 Tote, Tausende von Verwundeten und Inhaftierten, Folter und Vergewaltigung verantwortlich ist, an die Regierung, die das Volk hungern lässt?!

In gleicher Weise sind die Führung und die Parlamentarier der Kommunistischen Partei Chiles zu Verfechtern des Sozialpakts geworden und fordern einen Runden Tisch, an dem die Regierung und vor allem auch sie beteiligt sind! Sie beklagen sich darüber, dass "die Regierung die Welt des Volks ausgeschlossen und marginalisiert hat". Nein Genossen, die Regierung hat das Volk nicht ausgeschlossen, die Regierung von Piñera hat es massakriert und massakriert es weiter. Und was Kommunisten in Chile zu tun haben ist nicht verzweifelt den Dialog mit den Unterdrückern zu suchen, sondern den Kampf so zu organisieren, dass sie siegen und weitere Todesfälle und Missbräuche verhindert werden!

In einer Zeit, in der die Massen mit festem Schritt voranschreiten, richten die Führer der KPCh ihre Hoffnungen darauf, eine schwerfällige Verfassungsklage gegen Piñera in Gang zu setzen... weil die Regierung den Ausnahmezustand illegal verhängt hat! Wenn Piñera und seine Regierung, ausschließlich dank des Streiks und der massiven und energischen Mobilisierung auf den Straßen, in der Luft schweben, greift die Führung der Kommunistischen Partei auf einen

verfassungsmäßigen Trick zurück, der unter anderem eine Mehrheit im Kongress und im Senat erfordert, die sich derzeit in den Händen rechter Parteien befindet. Diese Strategie verschafft Piñera Zeit zum Durchatmen. Wir brauchen keine Verfassungsklage: Piñera und seine Regierung müssen ihre Stühle räumen! Die Kraft und Entschlossenheit auf den Straßen reicht aus, um das zu erreichen! Die Aufgabe der KPCh besteht – ebenso wie die der CUT – darin, einen entschlossenen Kampfplan auf den Tisch zu legen und den Umsturz eines fallenden Herrschers durchzusetzen.

Die Verantwortung der parlamentarischen Linken

Offensichtlich würde ein solcher Ansatz die Massenbewegung weiter eskalieren. Aber die Führer der parlamentarischen Linken bewegen sich nicht in diese Richtung, ganz im Gegenteil. Der gegenwärtige Flächenbrand in Chile schwelt seit Jahren, insbesondere wegen der Frustration, die unter den Regierungen der Sozialistischen Partei und der Concertación (1) hervorgerufen wurde, und der Komplizenschaft, die die Kommunistische Partei und die CUT mit ihnen eingegangen sind.

Nach dem Vorbild des spanischen Übergangs blieben die Verbrechen der Pinochet-Diktatur ungestraft. Der Staatsapparat wurde nicht von Faschisten gesäubert, wie die brutale Aktion des Militärs auf den Straßen zeigt, und die Führungen der Sozialistischen und Kommunistischen Partei gaben dem Massenkampf, der die Diktatur besiegte, schändlich nach und vereinbarten mit ihren Erben einen "demokratischen Übergang", der das kapitalistische System sichern würde. Pinochets Diktatur setzte ein Modell des neoliberalen Kapitalismus durch, folgte den Spuren von Thatcher und Reagan, privatisierte alle öffentlichen Dienste und machte Chile zu einem Steuerparadies für Milliardäre. In der Folge setzten die "sozialistischen" Regierungen von Ricardo Lagos und Michelle Bachelet (PS) diese Politik fort und öffneten die Türen für die neue rechte Regierung, die von einem der wichtigsten Vermögenden Chiles geleitet wird.

Anstatt jedoch aus vergangenen Fehlern zu lernen, versuchen die Führer der KPCh, ihre gescheiterte Politik der Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie zu rechtfertigen, die mit nichts dazu beigetragen hat, den Massen zu helfen, sondern Ungleichheit, Elend und Unterdrückung gestützt hat. Der stellvertretende KPCh-Vize Daniel Nuñez wies darauf hin, dass "diese Mobilisierung, die auf diese Weise mit diesem Radikalismus durchgeführt wurde, in der Regierung von Michelle Bachelet nie stattgefunden hätte", weil "große Reformen durchgeführt wurden, die den Erwartungen und Forderungen der Bürger entsprachen", und fügte hinzu, dass "dies soziale Dramen sind, die sich über Jahrzehnte angestaut haben". Das ist nichts anderes als eine Anerkennung dessen, wie ohnmächtig die "linken" Regierungen und die KPCh bei der Lösung der Probleme der Arbeiter und Jugend sind.

Gemeinsam kämpfen für Sozialismus und Arbeiterdemokratie! Es gibt keinen Ausweg im Kapitalismus!

Chile befindet sich an einem Scheidepunkt. Die Bedingungen, um Piñera und seine Regierung zu stürzen und revolutionäre Politik im Interesse der Massen durchzusetzen,

sind gegeben. Der Slogan einer konstituierenden Versammlung, den die KPCh aufgestellt hat, und den einige Organisationen, die sich für revolutionär halten, wiederholen, aber hinzufügen, dass sie "frei und souverän" seien soll, beinhaltet, dass die ernsten Probleme der Massen, die durch diesen Aufstand auf den Tisch gelegt wurden, im Rahmen des Kapitalismus gelöst werden sollen.

Es ist tausendmal falsch zu behaupten, dass sich im heutigen Chile eine "verfassungsgebende Versammlung", die eine Verfassung innerhalb der kapitalistischen Legalität entwirft, dem Problem der Massenarbeitslosigkeit, der Prekarisierung, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder der vollständigen Säuberung der Faschisten des Staatsapparats stellen kann. Eine "soziale Demokratie" im Rahmen des Kapitalismus in der Krise des 21. Jahrhunderts ist nicht möglich. Dieser Slogan der "konstituierenden Versammlung" und seine verschiedenen Varianten, ist ein beschämender Verzicht darauf, offen die Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus, für Arbeitermacht und für ein konsequentes, revolutionäres Programm einzusehen.

Der Slogan kann nicht eine neue Verfassungsgebende Versammlung sein, die den Kampf auf den Weg der betrügerischen bürgerlichen Demokratie lenkt, ohne mit der etablierten Ordnung zu brechen. Die Aufgabe des Augenblicks besteht darin, die entfesselte mächtige Bewegung weiter zu eskalieren und zu revolutionären Konsequenzen zu führen: die Bildung von Aktionskomitees in allen Fabriken, Arbeitsplätzen, Büros, Nachbarschaften... zu fördern und sie national durch jederzeit wähl- und abwählbare Delegierte zu koordinieren. Nötig ist ein unbefristeter Generalstreik und eine Besetzung der Betriebe und der Bildungseinrichtungen und Selbstverteidigungskomitees der Arbeiter und Jugend mithilfe eines Appells an die Soldaten, das Volk nicht zu unterdrücken, Ausschüsse innerhalb der Kaserne zu organisieren, sich den Mobilisierungen der Massen anzuschließen und die Befehle der Kommandeure zu verweigern.

Ein solcher Kampfplan muss von einem klaren Programm begleitet werden: Zum Sturz von Piñera. Für eine Regierung der Arbeiter zum Wohle des einfachen Volkes. Verstaatlichung der Banken, Monopole und der Ländereien, ohne Entschädigung und unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Öffentliche, kostenfreie und allgemeine Bildung und Gesundheitsversorgung. Angemessene Löhne und sichere Arbeitsplätze. Das Recht auf bezahlbaren, öffentlichen Wohnraum. Menschenwürdige und zu 100 Prozent staatliche Renten. Sofortige Säuberung der Faschisten aus Armee, Polizei und Justiz: Prozess und Bestrafung der Verantwortlichen für die Unterdrückung und die Verbrechen der Diktatur. Alle demokratischen Rechte für das Volk der Mapuche. Für die Arbeiterdemokratie, weg mit der kapitalistischen Demokratie!Es ist an der Zeit, ein echtes sozialistisches Programm auf den Weg zu bringen und alle Kräfte für den Aufbau einer revolutionären Partei der Arbeiter zu sammeln. Die Politik der Klassenkollaboration, die von den reformistischen Führungen der Linken angewendet wird, war ein eklatanter Misserfolg. Wir müssen uns an die Lehren aus den Zeiten der Volksfrontregierung, des Militärputsches und der letzten Jahre erinnern: Im Kapitalismus gibt es keinen Ausweg für die chilenischen Massen!

Die chilenische Arbeiterklasse nimmt den Faden ihrer Geschichte wieder auf und erinnert sich ihrer revolutionären Traditionen. Ihr Triumph wird der Triumph aller Arbeiter und Unterdrückten der Welt sein und den Weg für den Sieg des internationalen Sozialismus eröffnen.

(1) "Koalition der Parteien für die Demokratie"; bürgerlich-gemäßigtes Mitte-Links-Bündnis von 1988 bis 2013, A.d.Ü.

~ Diese Textfassung ist stark gekürzt. Die Originalfassung findet sich unter **offensiv.net** ~

Massenaufstand im Irak

Miguel Ángel Domingo

Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria im Spanischen Staat

Am 1. Oktober begann der größte Aufstand der irakischen Massen der letzten Jahrzehnte. Die Bilder sind überwältigend: Tausende von jungen Menschen stehen unbewaffnet Polizei und Armee gegenüber, die ihren Protest mit scharfer Munition und Schusssalven beantworten. Das massive soziale Erdbeben im Irak begann in Bagdad, in einer Massendemonstration ohne Führung einer Partei oder religiösen Gruppe. Die Parolen der Bewegung spiegeln die Situation des Landes 16 Jahre nach der imperialistischen Invasion wider: sie richten sich gegen Arbeitslosigkeit, zügellose Korruption, den maroden Zustand des öffentlichen

Dienstes, gegen die Regierung eines Landes mit den fünftgrößten Ölreserven der Welt, das nicht in der Lage ist, seine Bevölkerung mit Strom zu versorgen, gegen Sektierertum und Einmischung ausländischer Mächte – sowohl gegen die USA als auch gegen den Iran – und sind Ausdruck einer weit verbreiteten Müdigkeit gegenüber dem gesamten institutionellen Apparat. Der Slogan des arabischen Frühlings 2011 "Das Volk will, dass das Regime fällt" wurde wieder aufgegriffen.

Die Demonstrationen breiteten sich rasch nach Süden aus, der vor allem schiitisch geprägt ist, und macht so den nicht-sektiererischen Charakter der Bewegung deutlich, was die Lehren aus den Jahren des Sektierertums widerspiegelt, die von den verschiedenen regionalen Mächten und dem Imperialismus, der das Gift der religiösen Spaltung genutzt hat, gefördert wurden.

Al Sadr's Rolle

In Ermangelung einer revolutionären Organisation haben andere Bewegungen die weit verbreitete Unzufriedenheit genutzt. Die bedeutendste darunter ist wohl die des Klerikalen Muqtada Al Sadr, mit einer Massenbasis, die unter der am meisten unterdrückten und verarmten schiitischen Bevölkerung zuerst ihre Wurzeln schlug, aber mithilfe einer nicht-sektiererischen irakisch-nationalistischen Rhetorik angewachsen ist. In den letzten Jahren hat die Al-Sadr-Bewegung im Bündnis mit der Kommunistischen Partei gehandelt. Sie haben die Mobilisierung 2016 in Bagdad angeführt und sich bei den letzten Wahlen gemeinsam präsentiert.

Auch wenn das Anwachsen ihrer Bewegung ein guter Anhaltspunkt für die Stimmung der Massen gewesen ist, sind Al Sadr und seine Bewegung weit davon entfernt, Revolutionäre zu sein. Sie stellen den Status quo nicht in Frage. Nur wenige Wochen vor Ausbruch der Bewegung besuchte Al Sadr am 10. September den Iran. Dort wurde er mit Ayatollah Khamenei und Qasem Soleimani fotografiert, die für die Tätigkeit der iranischen Revolutionsgarde im Ausland (Syrien, Irak, etc.) verantwortlich sind. Obgleich Al Sadr versucht, die Massen zu erreichen, die den Rücktritt von Premierminister Mahdi fordern, wird es nicht einfach sein. Erstens will die Bewegung nicht nur Mahdis Rücktritt, sondern auch eine radikale Veränderung der Lebensbedingungen, und diese Veränderung beginnt mit dem Fall des Regimes. Zweitens haben Al Sadr und die Kommunistische Partei bei der Bildung der reaktionären Regierung von Mahdi eine entscheidende Rolle gespielt. Drittens hat das gemeinsame Foto mit den Verantwortlichen der Intervention des Iran im Irak die angebliche nationale Unabhängigkeit seiner Bewegung ruiniert.

Iran und die EU

Der Irak ist seit 2003 ein Schlachtfeld, auf dem Kämpfe zwischen den USA und dem Iran ausgetragen werden. Irgendwann musste sich der US-Imperialismus auf den Iran verlassen, um die Situation im Irak zu kontrollieren. Das ist es, was hinter dem Atomabkommen 2015 steckte, das Trump im vergangenen Jahr aufgelöst hat. Beide imperialistische Mächte kontrollieren verschiedene Machtparzellen und Sektoren des Militärapparats, und beide sehen die aktuelle Massenbewegung mit Sorge. Der Imperialismus hat 5.000 Soldaten im Irak und will die größtmögliche Kontrolle über das Land bei geringsten Kosten behalten.

Das iranische Regime sucht die Schuld an den aktuellen Ereignissen wie immer in solchen Fällen bei Infiltratoren der USA, Saudi-Arabiens und Israels. Sie haben Grund zur Sorge. Auf der einen Seite stellt eine Massenbewegung die von ihnen im Irak sorgfältig erarbeitete Machtposition in Frage. Andererseits befürchten sie, dass sich diese nicht-sektiererische Revolte innerhalb der Grenzen des Iran ausbreiten und die Mobilisierungen der iranischen Arbeiterklasse 2017-18 gegen die Arbeitslosigkeit, den Rückgang des Lebensstandards und den weitgehenden Sozialabbau wiederbeleben könnte, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die US-Sanktionen gegen den Iran ihre Wirtschaft hart treffen, mit dramatischen Folgen für die Massen.



Muqtada Al Sadr

Für eine revolutionäre Alternative

Die irakische Rebellion geschieht im Kontext eines erneuten Anwachsens der Klassenkämpfe in der arabischen Welt. Angefangen bei den Revolutionen in Algerien und dem Sudan über die Mobilisierungen gegen die Diktatur von General Sisi in Ägypten, gegen Sparmaßnahmen im Libanon oder den Lehrerstreik von mehr als einem Monat gegen die jordanische Regierung ein Jahr nach den Demonstrationen, die den Premierminister dieses Landes gestürzt haben.

Wir befinden uns in den ersten Phasen großer und massenhafter Kämpfe. Der Kapitalismus bewegt sich weltweit in Richtung einer Wirtschaftskrise, die sehr schwerwiegende Folgen haben wird, insbesondere in Gebieten wie dem Nahen Osten. Die verschiedenen Bewegungen von Arbeitern, Jugendlichen, Armen, Frauen,... in diesen Ländern in den letzten Jahren haben deutlich gezeigt, wie die Bewegung aus ihren Erfahrungen und auch aus ihren Niederlagen lernt. Aber wir müssen noch weiter gehen. Die letzten Jahrzehnte haben eindrucksvoll bewiesen, dass weder die Bourgeoisie dieser Länder noch der Imperialismus etwas zu bieten hat außer Korruption, Elend und Krieg.

Eine der am häufigsten gesungenen Parolen bei den Demonstrationen im Irak war "weder politisch noch religiös", was die Ablehnung der gesamten herrschenden Klasse widerspiegelt. Keine Partei konnte sich als Sprecher der Massen etablieren, und das war bisher ein sehr positiver Faktor. Aber aus allen Bereichen (Regierung, offizielle Parteien, religiöse Autoritäten, Imperialismus...) werden sie versuchen, die Revolution in falsche Bahnen zu leiten, um sie zu zerschlagen. Es ist wichtig, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die sich auf die Arbeiterklasse, die Jugend und die Unterdrückten stützt, die einzige Kraft, die sich als fähig erwiesen hat, das irakische kapitalistische Regime zu gefährden. Eine Partei, die die Vertreibung der imperialistischen Besatzer vorantreibt, die Oligarchen, auf die sie sich stützt, stürzt und die Schlüsselindustrien (Öl, Gas,..) enteignet und sie der demokratischen Kontrolle der einfachen Bevölkerung unterstellt. Das ist die erste und wichtigste Aufgabe im Irak, im Nahen Osten und in der übrigen Welt.



»Man kann kein ganzes

~ Im folgenden Abschnitt findet sich eine Reihe von Auszügen aus Veröffentlichungen unserer Schwestersektion Izquierda Revolucionaria im Spanischen Staat. Alle Texte zum Thema finden sich vollständig unter **offensiv.net** ~

Seit dem Urteil Mitte Oktober, das eine Reihe von Führungsfiguren der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung des "Aufruhrs" schuldig sprach, sind die Proteste der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung explodiert. Zu dem Urteil schreiben unsere spanischen Genossen:

"Die spanische Bourgeoisie, aber auch die katalanische Bourgeoisie, haben deutlich gemacht, dass das katalanische Volk ein gefährlicher Feind ist, den man schlagen muss, wie bei so vielen anderen historischen Anlässen, bei denen das katalanische Volk das kapitalistische Regime und seine politische Ordnung herausgefordert hat. [...]

In der Welt des 78er-Regimes übt die Bereitschaftspolizei, die in Schulen einbrach und Glasfenster einschlug, alte Menschen, Frauen und Kinder schlug, die Wahlurnen stahlen, als würden sie Trophäen jagen, "verfassungsmäßige Legalität" aus. Zum Teufel mit ihrer verfassungsmäßigen Legalität, die Folterer belohnt und Faschisten schützt, die die Exhumierung der Körper von Hunderttausenden republikanischer Kämpfer blockiert, die in Gräben und geheimen Gräbern begraben sind, die Banken rettet, aber Tausende von Familien aus ihren Häusern vertreibt, die Gesundheit und Bildung privatisiert, uns zu Arbeitslosigkeit, Hungerlöhnen und Prekarität verurteilt. Diese kapitalistische und repressive verfassungsmäßige Legalität repräsentiert uns nicht. [...]

Mit diesem Urteil ist klar, dass das Regime von 78 die demokratische Ausübung eines ganzen Volkes nicht tolerieren kann. Und warum? Denn der Triumph der Mobilisierung zugunsten der Republik könnte eine sehr gefährliche Phase der sozialen und politischen Rebellion gegen die kapitalistischen Institutionen einleiten. [...]

Ist legal = demokratisch?

Die Vorstellung, dass alles was Recht und Gesetz ist auch demokratisch ist, wird von der amtierenden Regierung und den Parteien des Systems gerne vertreten. Aber diese Art von Syllogismus verbirgt eine völlig falsche und sehr reaktionäre Idee. Es ist für jeden, der Augen hat, offensichtlich, dass das, was in einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung einer Klasse über eine andere basiert, legal ist, immer das ist, was die bestehende Ordnung schützt; das, was die Interessen der herrschenden Klasse verteidigt. Und das hat nichts mit einer wahren Demokratie zu tun. Wenn die Unterdrückten sich dieser Ordnung widersetzen, dann tritt der Staat - das Instrument der Nötigung der Kapitalistenklasse - mit all seiner Gewalt in Aktion."

Unter der Führung unserer Schwesterorganisation Izquierda Revolucionaria hat die spanische Schülergewerkschaft zu zwei Generalstreiks aufgerufen. Schon im Vorlauf zum großen Generalstreik am 18. Oktober nahmen mehr als 200.000 Schüler und Studenten am Streik teil:

"Sowohl der 72-stündige Generalstreik der Schüler und Studenten als auch die beeindruckende Mobilisierung von heute [...] reagieren auf all die Lügen und Manipulationen, die von der Regierung der PSOE, der Ciudadanos und der PP, der Polizei und der Mossos (katalanische Polizei) sowie dem Großteil der Medien in eine ohnehin schon monströse Kampagne der Kriminalisierung gegen den exemplarischen Kampf des katalanischen Volkes geflossen sind. [...]

Die Wahrheit ist konkret: Der Staatsapparat, der direkt von der Diktatur geerbt wurde [...] hat dem katalanischen Volk den Krieg erklärt und sein legitimes Recht auf Selbstbestimmung verweigert. Was wir erleben, ist die massive Ablehnung des 78er-Regimes und seine autoritären Ausflüsse, angefangen bei eben der Monarchie, die vom Diktator selbst wiederaufgebaut wurde und die die Arbeiter und Jugendlichen Kataloniens und des übrigen Staates in eine alptraumhafte Situation gebracht hat. Jahre des brutalen Sozialabbaus, der Vertreibung, der chronischen Arbeitslosigkeit, der prekären Arbeitsplätze und der miserablen Löhne, der Verarmung unserer Nachbarschaften, der Privatisierung des Bildungs- und öffentlichen Gesundheitswesens,... [...]

Heute hat die katalanische Jugend allen eine Lektion erteilt. An diejenigen, die die polizeiliche Unterdrückung fördern, an diejenigen, die von der Regierung Kataloniens aus von "Ungehorsam" sprechen und gleichzeitig die Mossos schicken, um uns zu schlagen und zu sehen, ob wir die Straßen verlassen, und auch an jene spanische Parlamentslinke, die uns Vorwürfe macht, damit wir unterwürfig sind und die Ungerechtigkeit des Systems akzeptieren. Es ist



unglaublich, dass diejenigen, die gekommen sind, um "gegen das Establishment zu kämpfen", sich auf die Seite der "verfassungsmäßigen Ordnung" von Knüppeln, Gummiund Rauchgeschossen und dem Urteil des Obersten Gerichtshofs stellen. [...] Schließlich fordern wir alle katalanischen Jugendlichen auf, den Generalstreik morgen, am Freitag den 18. Oktober, fortzusetzen und sich mit der Arbeiterklasse in den großen Streikposten am Morgen und in den riesigen Demonstrationen am Nachmittag zu vereinen. Nichts und niemand wird uns daran hindern, das Recht auf Selbstbestimmung und die katalanische Republik der Arbeiter und Jugendlichen zu erkämpfen."

Die wichtigsten Forderungen der Schülergewerkschaft sind die katalanische Republik der Bevölkerung, Arbeiter und Jugend und der Generalstreik. Sie rufen alle Gewerkschaften zu einer Eskalationsstrategie, einem 48-stündigen Generalstreik auf.

Der Generalstreik am 18.10 war ein großer Erfolg:

"Zu den Fakten: Der Generalstreik am 18. Oktober war stark im öffentlichen Bildungssystem und der Verwaltung, im Handel, wo die katalanische Regierung selbst sagt, dass zwischen 60 und 80 % des Wirtschaftszweiges zum Stillstand gekommen sind, im Personenverkehr, was sich in der U-Bahn, in den Regionalzügen der Generalitat (FGC) und in Bussen sehr stark bemerkbar gemacht hat, und im Hafen der Hauptstadt, wo sich die Hafenarbeiter in einer massiven Kolonne der großen Demonstration angeschlossen haben. Generalitat-Daten sprechen von einem spektakulären Rückgang des Fahrgaststroms, 50% weniger in der U-Bahn, 47,6% in der FGC und 40% in der Straßenbahn. Auf den wichtigsten Straßen von Barcelona, Tarragona, Lleida und Girona fuhren kaum mehr Fahrzeuge und Streikposten organisierten auf mehr als einem Dutzend Straßen wie der A-2, der AP-7 oder der N-340 Verkehrskontrollen. Nach Angaben von PIMEC (Assoziation mittlerer und kleiner Unternehmen in Katalonien) hatten 30% der Unternehmen in der Branche geschlossen und 68% der Arbeiter sind aufgrund von Streiks nicht zur Arbeit gegangen, während im Dienstleistungssektor 40% der Unternehmen geschlossen und 83,8% der Arbeiten eingestellt wurden. Ein weiterer Index, der die Dimensionen des Streiks misst, ist der

Rückgang des Stromverbrauchs um 10,11%, ein Zehntel mehr als beim Generalstreik vom 3. Oktober 2017."

Auch im industriellen Sektor hatten die Arbeitgeber Angst vor einem Streik: bei SEAT machten sie eine Abmachung mit dem Betriebsrat, die Fabrik am Tag des Generalstreiks zu schließen, angeblich um die "Arbeiter vor den Aktionen der Radikalen zu schützen", eigentlich aber, weil sie eine hohe Streikbeteiligung fürchten.

Die Schülergewerkschaft selbst mobilisierte 200.000 Schüler zum Generalstreik am 18. Oktober. Sie macht uns vor, welchen Druck man von unten aufbauen kann, wenn man mit der richtigen Methode in die Kämpfe der Massen eingreift.

Führungen mehrerer Gewerkschaften waren gezwungen, sich in den Räumen der Schülergewerkschaft zu treffen und über einen 48-stündigen Generalstreik zu debattieren. Das ist nur ein Schritt zum Erfolg, aber ein wichtiger. Andere Genossen organisierten in ihren Arbeitsplätzen Betriebsversammlungen zur Unterstützung des Generalstreiks. Nun wird die Schülergewerkschaft zum 30. und 31. Oktober zu einem weiteren Generalstreik aufrufen:

"Wir fordern auch die Abhaltung von Versammlungen in allen Schulen und Universitäten, um über den Streik abzustimmen und Kampfkomitees zu bilden, die die Mobilisierung massenhaft verbreiten. Es ist an der Zeit, einen Schritt vorwärts zu tun und so schnell wie möglich zur Organisation eines neuen 48-stündigen Generalstreiks der Arbeiter beizutragen, der ganz Katalonien lähmen wird."

Es lebe die internationale Solidarität! Für ein sozialistiches Katalonien der Arbeiterklasse und eine sozialistische Welt!

14 OFFENSIV • NOV. - DEZ. 2019 INTERNATIONALES FÜR ARBEITERDEMOKRATIE



Fyn Hansow

Die Kraft einer Massenbewegung

Anfang des Jahres 2019 hat der Entwurf eines "Auslieferungsgesetzes" im Legislativrat der Special Administration Region (SAR) Hongkong, formal Teil Chinas aber unter einer anderen Gesetzgebung, die grundsätzliche demokratische Rechte garantiert, die Wut der Massen entfacht. Das Gesetz würde den Transfer von Gefangenen zwischen Taiwan, Hong Kong, Macau und Festland-China ermöglichen.

Eine zentrale Demonstration gegen dieses Auslieferungsgesetz am 9. Juni brachte mehr als eine Million auf die Straße. Der Regierungssitz wurde blockiert und die Polizei reagierte mit brutaler Gewalt und verletzte einige junge Demonstranten schwer. Carrie Lam versuchte die Situation zu beruhigen aber die Protestierenden waren zu allgemeineren Forderungen übergegangen und forderten ihren Rücktritt. Eine neue Demonstration versammelte zwei Millionen, in einer Stadt mit nur sieben Millionen Einwohnern, Wochen des Protests folgten und das Auslieferungsgesetz wurde von der Regierung für "tot" erklärt.

Heute ist Carrie Lam immer noch an der Spitze der Regierung als bloße Marionette in den Händen ihrer Meister in Peking. Peking zeigt sich vorsichtig und verfolgt eine Strategie der schrittweisen Eskalation. Seit das Jubiläum der chinesischen Revolution am 1. Oktober die bislang heftigsten Zusammenstöße zusammen mit der Verwendung scharfer Munition gegen Demonstranten gebracht hat, sind Notstandsgesetze und ein komplettes Aussetzen des U-Bahnverkehrs angewandt worden.

Tiefsitzende Wut

Das Auslieferungsgesetz war nur die Spitze des Eisbergs. Wut hat sich in Hongkong während der letzten Jahr-

zehnte angestaut und sich im Ansteigen und Absinken von Kämpfen ausgedrückt. Unter dem Einfluss des freien Marktes und des zügellosen Finanzkapitals sind die Wohnkosten seit 2003 um mehr als 300% gestiegen während die Löhne stagniert sind und Hongkong ist heute eine der teuersten Städte weltweit. Arbeitszeiten liegen im Durchschnitt bei 50 bis 60 Stunden die Woche, Gewerkschaftsaktivisten werden regelmäßig gekündigt. Die Führungen der Organisationen, die in der Vergangenheit an der Spitze sozialer Kämpfe standen, haben keine Perspektiven und keinen Willendiesen Kampf zu einem generellen Angriff auf die Wurzel von Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu machen: auf das kapitalistische und imperialistische System.

Im Angesicht der nationalen Unterdrückung der "kommunistischen" Partei, die in Wirklichkeit einen imperialistischen Block im Kampf um Marktanteile repräsentiert, sind die "Pan-Demokraten" in Hongkong bei bloßen Forderungen nach mehr Sitzen im Legislativrat oder der Garantie der Wahlfreiheit stehen geblieben und die Gewerkschaftsbürokratie der "Hong Kong Federation of Trade Unions" hat die Streikaktionen der Massen ebenso gefürchtet wie die Regierung und einen Generalstreik einen Tag vorher abgesagt.

Es ist die Arbeiterklasse Hongkongs, die trotz all dieses Verrats ihrer Führung immer wieder den richtigen Instinkt bewiesen hat und Streiks in mehr als 100 Firmen durchgeführt hat.

Was tun?

Es ist offensichtlich, dass die herrschende Klasse Hongkongs, aber auch des mit China rivalisierenden imperialistischen Blocks USA, bis zu einem gewissen Grad die Interessen der Bewegung teilen. Hongkong ist ein Finanzzentrum und der Zugangspunkt des internationalen Kapitals in das neoliberale Wunderland China.

Aber das Illusionen in die positive Rolle der USA oder

Großbritanniens in der Bewegung verbreitet sind (wenn auch nicht so verbreitet wie die Medien es darstellen), ist kein Zeichen ihres "imperialistischen" Charakters, sondern der verachtenswerten Rolle, die die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente in der Bewegung spielen. Sie sähen diese Ideen und Illusionen, die nur zu einer totalen Niederlage der Bewegung führen können, weil sie selbst Angst haben vor der unabhängigen und radikalen Kraft, zu der gro-Be Teile der kantonesischen Arbeiterklasse geworden sind. Sie haben Angst vor einem Programm, das konsequent zu Ende kämpfen würde; einem Programm, das die Organisation eines neuen Generalstreiks beinhalten würde, das die fünf Forderungen der Bewegung mit sozialen Forderungen wie bezahlbares Wohnen und besseren Arbeitsbedingungen verbinden würde, das die komplette Enteignung aller Tycoons, Oligarchen und chinesischen Marionetten genauso wie die des internationalen Finanzkapitals durchführen und diese unter öffentliche Verwaltung stellen würde. Sie haben Angst vor einem Programm, das über die Organisation von kollektiver Selbstverteidigung und Bewaffnung gegen die brutalen Häscher des chinesischen Regimes redet. Sie haben Angst, denn sie wissen, dass ein solches Programm erfolgreich sein kann. Um dieses aufzubauen brauchen wir aber eine Organisation, die sich von allen anderen in Hongkong grundlegend unterscheidet, die die Bewegung vorwärtsführen und geduldig aber bestimmt gegen alle Illusionen und Verräter kämpfen kann. Eine wahre revolutionäre und sozialistische Partei der Arbeiterklasse, eine Revolutionäre Linke.

~ Diese Version des Artikels ist gekürzt. Die Originalfassung findet sich unter **offensiv.net** ~

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei "demokratisch", weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirk-lichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Rätesystem gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 13€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohnund Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.400€ brutto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisierung für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wähl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisierung und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des weltweiten Sozialismus!

zum geplanten Polizeigesetz in Hamburg!



Polizeieinsatz gegen eine Demonstration der CGT (französischer Gewerkschaftsbund)

Nadja Habibi

In fast allen Bundesländern sind neue verschärfte Polizeigesetze eingeführt worden oder werden gerade vorbereitet. Nun plant auch der rot-grüne Senat in Hamburg eine Verschärfung. Medial wird es gern so dargestellt, als würde das Hamburger Polizeigesetz kaum eine Veränderung bedeuten. Zum Beispiel steht in einem Artikel der taz, dass im Hamburger Gesetz auf die Präventivhaft "verzichtet" würde. Dabei ist die Hamburger Polizei im bundesweiten Vergleich schon heute mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet und kann auch heute einfach schon Menschen bis zu zehn Tage in Gewahrsam nehmen, ohne, dass es dafür ein neues Polizeigesetz braucht. Auch Staatstrojaner, die für Online-Überwachung genutzt werden, stehen nicht im neuen Gesetzesentwurf, sondern sind bereits heute in kleinerer Variante erlaubt. Dieses Gesetz würde dafür andere Folgen haben, wie das Einführen von elektronischen Fußfesseln für potenzielle "Gefährder", sowie die den leichteren Zugang zu Daten von Kontaktpersonen der "Gefährder", die Ausweitung des Einsatzes von verdeckten Ermittlern auf bis zu neun Monate- statt wie bisher drei Monate - und die automatisierte Auswertung von gesammelten Personendaten, wie der politischen Meinung oder Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Auch die sogenannte Mitziehregel bedeutet in der Praxis, dass jeder, der zweimal auf Demonstrationen registriert wird, 20 Jahre lang in der Datenbank der Polizei gespeichert wird. Die Verantwortlichen

Der Polizeigesetzesentwurf wird von Rot-Grün als moderater Kompromiss verkauft und soll nun möglichst schnell in der Bürgerschaft durchgepeitscht werden, damit kontroverse Debatten dazu rechtzeitig vor der Bürgerschaftswahl 2020 beendet sind. Der Hamburger Innensenator Andy Grote (SPD) ist federführend bei der Einführung des Gesetzes, ohne jeglichen Widerstand innerhalb der SPD. Auch wenn die Grünen die Onlinedurchsuchung bundesweit angeblich ablehnen würden, haben sie in Hessen die Onlinedurchsuchung eingeführt, gemeinsam mit dem Koalitionspartner CDU. Die einzig kritische Stimme zum Gesetzesentwurf in der Bürgerschaft ist von der LINKEN zu hören.

Die Hintergründe: Polarisierung in Deutschland

Das Hamburger Polizeigesetz setzt einen Trend der letzten Jahre fort, bundesweit, europaweit und international – hin zu autoritären Maßnahmen wie dem Ausbau polizeilicher Befugnisse, der Verschärfung repressiver Mechanismen des Staates auf der einen Seite und Beschränken klassisch bürgerlich-demokratischer Rechte, wie die Einschränkung der Unschuldsvermutung auf der anderen.

Der Grund dafür ist die tiefe Krise des Establishments: die Spaltung und Schwäche der herrschenden Klasse und der instabile Charakter der Regierungen, sowie ihre Angst vor der bevorstehenden Rezession.

FORTSETZUNG AUF SEITE 6







0178 1715539



OFFENSIV.NET





